

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

3 (5.1.1921)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 8.80 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 10 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Beamtensorganisationen

Ueber die Verhandlungen, die am Montag begonnen haben, wird berichtet:

Für die Reichsregierung nahmen Staatssekretär Albert von der Reichenzelle, Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium und Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium an den Verhandlungen teil. Die Verhandlungen, die zunächst nur allgemeiner prinzipieller Natur waren, haben infolgedessen ein positives Ergebnis erzielt, als durch sie die Möglichkeit geschaffen wurde, daß in den kommenden Tagen zwischen den beteiligten Reichsstellen und den Vertretern der Organisationen sachliche Verhandlungen über die Forderungen der Beamtenschaft beginnen können. Vertreter der Eisenbahnerorganisationen erklärten zu Beginn der Verhandlung, daß die Stimmung unter den Eisenbahnern auf das höchste gereizt sei, da bei ihnen die Ansicht herrsche, daß das Finanzministerium Verschleppungspolitik treibe. Staatssekretär Schröder trat diesen Ausführungen entgegen und sprach die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnbeamten sich der Politik der übrigen Beamtensverbände anschließen würden. Man einigte sich zum Schluß dahin, daß am Mittwoch im Reichsverkehrsministerium über die Forderungen der Eisenbahner und am Freitag im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern des Beamtensbundes über die Gehaltswünsche aller Beamten verhandelt werde.

### Eisenbahnerorganisationen

haben durch ihren Iher Ausschuh einen Aufruf an ihre Mitglieder ergehen lassen, in dem es heißt:

Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten- und Arbeiterchaft zu beheben. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, die sie gleichfalls vorzugsweise verabschiedet wird. Wir fordern sämtliche Arbeiter auf, das Zustandekommen befristender Vereinbarungen jetzt nicht zu fördern und deshalb Aktionen zu unterlassen. Mühte es zu solchen kommen, so rufen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Annwärter, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Allzu hoffnungstroh scheint demnach das bisherige Ergebnis der Beratungen nicht zu sein. Immerhin ist wenigstens eine Plattform gefunden, die ein gemeinsames Verhandeln ermöglichen. Nach dem Streikerlaß des Reichsverkehrsministers schienen alle Fäden zerrissen zu sein. Offenbar haben die Organisationsleitungen den guten Willen, zu einer Verständigung mit der Regierung zu gelangen. Ob es ihnen aber auch gelingen wird, die von der Regierung gemachten Zugeständnisse, die angesichts der Finanzlage hinter den Forderungen der Beamten bleiben werden, den Mitgliedern erfolgreich zu empfehlen, ist eine andere und zwar die entscheidende Frage.

11. Berlin, 4. Jan. (Tel.-Union.) Das gestern abend festgestellte Abstimmungsergebnis der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin ergab 1912 abgegebene Stimmen. Hier von waren 15284 für den Streik, dagegen 3370, unglücklich 419 Stimmen. Somit haben sich 80,94 Proz. der Berliner Eisenbahner für einen bedingten Streik ausgesprochen. An der Abstimmung der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahner und Annwärter im Direktionsbezirk Breslau haben sich von 13740 Mitgliedern 96 Proz. beteiligt. Die Unzufriedenheit breiter Massen mit der Regierung und dem Reichstage wurde von 80 Proz. der Erschienenen ausgesprochen, die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel zur Erreichung der Forderungen von 83 Proz. Mitgliedern verlangt.

### Englische Auffassung zur Entwaffnung Deutschlands

Paris, 4. Jan. Das Reutersche Büro veröffentlichte eine längere Erklärung über die Entwaffnung in Deutschland. In der Erklärung wird unter anderem gesagt: Der englische und der französische Generalstab seien in der Frage der Entwaffnung Deutschlands vollkommen einig. Ihre Ansichten gingen nur auseinander hinsichtlich der Fristen, in der die deutschen Formationen aufgelöst werden sollen. England betrachte die Lage hinsichtlich der Bekämpfung und Ablieferung der Waffen für befriedigend. In der Erklärung wird zugegeben, daß verschiedene Waffen in Deutschland verbleiben gehalten werden. England wünsche wie Frankreich, daß diese Waffen ebenfalls abgeliefert würden, aber die englische Regierung habe auch die Schwierigkeiten im Auge und könne sich noch das Chaos in Deutschland vorstellen, das 1919 und zum Teil auch noch 1920 geherrscht habe. In dieser Beziehung könne Deutschland nicht selbst absolut verantwortlich gemacht werden. Vereinzelt Verordnungen gegen das Entwaffnungsabkommen könnten der deutschen Regierung nicht zur Last gelegt werden, doch sei der englische militärische Standpunkt der, daß die Kontrolle der Waffen bis zur vollkommenen Entwaffnung Deutschlands fort-

gesetzt werden müsse. Die Erklärung sagt weiter, England und Frankreich seien einig über die Notwendigkeit, daß das Abkommen von Spa betreffend der Sicherheits- und Ordnungspolizei durchgeführt werden müsse. Eine leichte Meinungsverschiedenheit besteht dagegen zwischen England und Frankreich in Bezug auf die Einwohnervorkehrungen und die Orgesch. England glaubt wie Frankreich, daß diese Organisationen verschwinden müssen, aber in England glaubt man nicht, daß dies so rasch erfolgen kann, wie Frankreich zu wünschen scheint. Die wichtigsten Zentren für diese freiwilligen Organisationen seien Ostpreußen und Bayern, aber in den beiden Gegenden bestehe Grund, den Bolschewismus zu befürchten, was in den Augen Englands die Erhaltung dieser freiwilligen Organisationen augenblicklich in diesen Gegenden berechtigt mache. Eine sofortige Auflösung dieser freiwilligen Verbände könne deshalb im gegenwärtigen Augenblick als unerwünscht erscheinen. Nach Ansicht der englischen Regierung würden jedoch besonders in Bayern mehr Freiwillige unter den Waffen behalten als notwendig sei. Man sei der Ansicht, daß die Belegung des Ruhrgebietes ein Mittel sei, welches nur im Falle der alleräußersten Notwendigkeit angewandt werden dürfe, beispielsweise im Falle einer Aktion in Ostpreußen gegen Polen.

### Keine frühere Einberufung des Reichstags

12. Berlin, 5. Jan. Der Reichsenrat des Reichstages lehnte einen von den unabhängigen Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages ab, befürwortete dagegen die möglichst baldige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

### Scheidemanns Protest gegen die Todesurteile in Ungarn

Berlin, 4. Jan. Wie der „Vorwärts“ aus Kassel erfährt, sandte Scheidemann an den ungarischen Ministerpräsidenten ein Telegramm des Inhalts, daß die Todesurteile gegen frühere Volkskommisäre Entsetzen erregten und Empörung bei der allen Sozialisten abtönenden sozialdemokratischen Arbeiterchaft erweckten. Die Mütter wissen wollen, verlannt aus der nächsten Umgebung des ungarischen Ministerpräsidenten, daß die Urteile gegen die Mitglieder der bolschewistischen Regierung Ungarns nicht vollstreckt werden.

### Bergelung an ungarischen Geiseln in Rußland

11. Berlin, 4. Jan. Die „Freiheit“ berichtet, daß der ungarische Minister des Auswärtigen in der russischen Volkskommisur für auswärtige Angelegenheiten Tschichserin eine Note gerichtet hat, in der er die Bergelung an ungarischen Kriegsgefangenen ungarischen Offizieren als Geiseln für die verurteilten ungarischen Volkskommisäre zurückgehalten werden. Die ungarische Regierung erklärt sich bereit, über das Schicksal der Kriegsgefangenen Verhandlungen anzubahnen, um den Leiden der ungarischen Kriegsgefangenen ein Ende zu bereiten. Der russische Minister hat darauf dem ungarischen Außenminister geantwortet, daß er den Verhandlungsvorschlag annehme.

### 400 Millionen für Wohnungsbau

Berlin, 4. Jan. Das preussische Kabinett wird der verfassunggebenden Landesversammlung in allerhöchster Zeit eine Vorlage über einen Kredit von 400 Millionen Mark vorlegen, die zu Lebersteuerzuschüssen für den Wohnungsbau gemäß den Plänen des Volksbauamtsministeriums bestimmt sind. Für die Aufbringung wird der Anteilsweg besprochen werden.

### Die reaktionären Dickschädel in Bayern

11. Berlin, 4. Jan. Wie die „N. N. Z.“ von zuverlässiger Stelle erfährt, beabsichtigt die bayerische Regierung keineswegs sich mit der neuen energischen Forderung der Entente nach Aufhebung der Einwohnervorkehrungen zu geben und sich dieser Forderung zu fügen. Man glaubt in München noch immer, durch neuerliche diplomatische Verhandlungen und entsprechende Vorstellungen eine Aenderung des Ententestandpunktes herbeizuführen und wenigstens einen Aufschub in der Entwaffnung erreichen zu können. Man hat beschlossen, bei der Reichsregierung weitere Schritte zu unternehmen. In den nächsten Tagen werden in Berlin Verhandlungen stattfinden; der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr wird sich hierzu begeben, um Beratungen mit der Reichsregierung zu pflegen.

### Die deutschen Bischöfe für die konfessionelle Schule

Berlin, 5. Jan. Das Episkopat Deutschlands hat an die Reichsregierung eine Eingabe über die konfessionelle Schule gerichtet. Die betreffende Denkschrift stellt Richtlinien auf, die, wie die „Germania“ sagt, für das gesamte katholische Volk, seine Vertreter und Lehrerschaft bei den Schulkämpfen, die in diesem Jahre zu erwarten sind, maßgebend sein werden.

### Uebergangsgelder für Minister

Berlin, 5. Jan. (Privat.) In der preussischen Landesversammlung haben laut „Germania“ sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten einen Initiativgesetzentwurf eingebracht über die Uebergangsgelder der Staatsminister. Danach sollen Staatsminister, die ihr Amt mindestens drei Monate bekleidet haben, und denen keine Pensionsansprüche zugehen, ein Uebergangsgeld in der Höhe der Dienstbezüge der jeweils im Amt befindlichen Minister für die Dauer von höchstens einem Jahr erhalten, jedoch unter Ausschluß der Kurwandsentscheidungen.

### Einschränkung der Marinereüstungen?

London, 4. Jan. Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten des Senats einen Antrag des Senators Borah beraten, der sich für Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und England zum Zwecke einer Einschränkung der Marinereüstungen ausspricht. Im Laufe der Diskussion hat sich die Ansicht geltend gemacht Frankreich und Italien zu den Verhandlungen zuzuziehen.

### Sowjet-Rußland u. seine Außenpolitik

Darüber schreibt Herr Dr. Fritz Deck in Stockholm in recht interessanter Weise in der „Frankfurter Zeitung“. Wir geben aus dem Artikel das folgende wieder:

Der russische Bolschewismus beherrscht nun schon seit drei Jahren Rußland. Alle drei, vier Monate wurde sein Tod angefragt, eine gedäugelte Welt glaubte das auch immer wieder und eine unkluge Politik baute darauf unkluge Maßnahmen auf. Er lebt noch immer und lebt vielleicht noch lange. Aus jeder Niederlage jaugt er neue Stärke. Es wäre darum endlich an der Zeit, daß die Politik gegenüber Rußland die Tatsachen und nicht nur ihre eigenen Wünsche beachten würde.

An dem Mißverstehen der russischen Politik ist hauptsächlich schuld, daß man den starken Schleier von bolschewistischen Ideen, der über die gewalttätige Bauernrevolution der Geschichte gebreitet ist, noch immer nicht genügend durchschauen kann. Der Bolschewismus wird aus zwei großen Quellen gespeist, aus der sozialistischen Ideenvelt der internationalen Arbeiterbewegung und aus dem Revolutionsbedürfnis des russischen Bauerntums. Auf ihrer innigen Verbindung beruht seine Stärke. Der Bolschewismus fühlt sich als Avantgarde der vorwärtstrebenden Arbeitermassen aller Länder. Er sieht seine Hauptaufgabe in der sozialistischen Weltrevolution. Dieser Gedanke erfüllt vor allem den genialsten Bolschewik, Lenin. Dieser Mann übertrug die anderen Führer, auch Trotzki, um mehr als Haupteslänge, ein großer Traditor, den aber das scharfe Auge des Politikers doch nie die Wirklichkeit verkennen läßt. Seine Helfer waren bisher eng um ihn geschart. Um den Führertern schloß sich die verhältnismäßig kleine, aber glänzend organisierte und streng disziplinierte kommunistische Partei Rußlands und um sie sollen sich wiederum die nach ihrem Vorbild aufgebauten Parteien der Dritten Internationale, der großen Avantgarde der Weltrevolution, gruppieren. Es ist aber schon recht fraglich, ob diese Avantgarde wirklich organisiert werden kann. Die Moskauer Bedingungen für die Bildung der Dritten Internationale werden in Westeuropa als brutale Zumutung von der großen Mehrheit der Arbeiter abgelehnt. Selbst überzeugte Anhänger der Dritten Internationale geben unumwunden zu, daß Moskau bei Aufstellung dieser Regeln gründlich die Seele des westeuropäischen Arbeiters verkannt hat.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedenfalls klar, daß die Weltrevolution, wie Lenin sie sich vorstellt, gewiß nicht kommen wird. Die Arbeiter West- und Mitteleuropas, die eine lange Geschichte der Organisation und des Kampfes um demokratische Gleichberechtigung hinter sich haben, lieben im Grunde weder die Anwendung der brutalen Macht noch die furchtbare Disziplin der Diktatur. Sie sind zur Demokratie erzogen. Sie können sich den Sozialismus nicht vorstellen in der Form der Diktatur und des Militarismus, sondern nur als demokratische Vereinnung freier Menschen. Die starke demokratische Bestimmung der großen Arbeitermassen Mittel- und Westeuropas ist darum heute die eigentliche Schutzwehr gegen eine Weltrevolution in der russischen Form.

Trotzdem ist es eine paradoxe Tatsache, daß die gleichen Arbeitermassen in der Bolschewik so etwas wie Vorläufer ihrer Bewegung sehen. Dem anders läßt sich ihr Widerstand gegen die Intervention in Rußland schwer erklären. Wir befinden uns eben in einem Zeitalter, in dem die organisierten Arbeitermassen langsam und zielbewußt zur einflußreichsten Klasse im Staate entwickeln. Die Politik wird heute schon negativ von ihnen bestimmt; der Widerstand der Arbeiter wird zur unübersteigbaren Grenze für reaktionäres Vollen. Die nächsten Jahrzehnte werden überall Kämpfe sehen, in denen die Macht der organisierten Arbeiter immer mehr auch positiven Einfluß auf die Politik zu gewinnen sucht. In ihrem Ringen zu diesem Ziel erscheint ihnen, so darf man vielleicht sagen, der Moskauer Bolschewismus wie eine Niefensadel, die den Weg dorthin beleuchtet, aber nicht das Endziel selbst ist. Es ist ihr Wille, diese Fadel nicht durch den westeuropäischen Imperialismus auslöschen zu lassen, und diesen Willen haben sie mit solcher Stärke kundgegeben, daß tatsächlich der Imperialismus die zum vernichtenden Schlag erhobene Hand sinken lassen mußte.

Wenn sich der Bolschewismus auf die passive Hilfe der mittel- und westeuropäischen Arbeiterchaft stützen darf, so läßt er sich aber tragen von dem breiten Rücken des bäuerlichen Rußland. Darin liegt der stärkste innere Widerspruch und der Keim zu seinem Untergang. Nur mit Hilfe einer Politik, die von den Grundfähern des reinen Machiavellismus bestimmt wird, konnte Lenin von Anfang an bis heute diesen inneren Widerspruch verheben. Bei der ungläublichen Schwermüdigkeit der russischen Massen wird das wohl auch noch weiterhin möglich sein, vor allem, wenn es den Bolschewik gelingt, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der russischen Bauern einigermaßen zu befriedigen. Als Lenin im November 1917 seine Revolution machte, war eines seiner am schnellsten ändernden Schlagworte: „Das Land gehört den Bauern.“ Für einen Kommunisten mußte dieses Wort den reinen Verrat an der marxistischen Lehre bedeuten. Ein Politiker vom Schlage Lenins kümmert sich aber nicht um die Theorie, er will die Macht, und sie konnte er in Rußland nur bekommen, wenn er den Landhunger der russischen Bauern befriedigte. Er ließ darum das alte Agrarstystem Rußlands rücksichtslos zerbrechen. Aus seinen Trümmern ist eine breite vielmillionenköpfige Schicht von Bauern hervorgegangen, die heute noch eine unorganisierte Masse ist, ohne eigenen Willen zu politischer Macht. Ihr Glück am neuen Besitz hat Lenin erhöht durch die Abschaffung der Steuern, und nur schwerem Herzen läßt er die Requisitionen von Getreide und Vieh geschehen, die für die rote Armee gemacht werden müssen. Dafür werden mit um so größerem Eifer Versuche unternommen, aus dem Ausland landwirtschaftliche Geräte und notwendige Gegenstände des bäuerlichen Bedarfs zu beschaffen. Die auswärtige

Handelspolitik Sowjetrußlands sieht in der raschen Lösung dieser Aufgaben neben der Anschaffung von vollständigem Eisenbahnmaterial ihr Hauptziel. Ihr wird bedenkenlos der russische Goldschatz geopfert. Der Bauer wegen muß auch die völlig gerüttelte Industrie wieder aufgebaut werden. So lange der Bürgerkrieg im Gange war, hatten die Bauern den Wiedererwerb ihres neuen Viehes zu befürchten und darum kein Interesse, die Gegenrevolutionäre zu unterstützen. Der Bauer steht sich in seinem Besitz gesichert. Ist seine Angst um ihn erst ganz verschwunden, dann wird auch eine Kritik gegen den Bolschewismus wachsen. Die Aufgaben des Friedens sind darum für den Bolschewismus unendlich viel schwerer zu lösen als die Aufgaben des Krieges.

Die Außenpolitik Rußland wird aber beherrscht von dem Verhältnis zu England, der stärksten europäischen und asiatischen Macht, deren Interessen sich vielfach örtlich mit den russischen schneiden. Die englische Flotte herrscht über die Ostsee und das Schwarze Meer. England ist im Besitz von Konstantinopel, dem Schlüssel zu Südrussland, es hat sich in Mesopotamien und in Persien festgesetzt und Indien grenzt an das russisch beeinflusste Afghanistan. Zweifellos wäre es Lenin am liebsten, wenn er das englische Weltreich in die Luft sprengen könnte, da es ihm als der aussichtsreichste Angriffspunkt für seine Weltrevolution erscheint. Umgekehrt sitzen im englischen Kabinett Minister wie Curzon und Churchill, die am liebsten Rußland, ob bolschewistisch oder nicht, auf Jahrzehnte hinaus zu einem Krüppel machen möchten, weil sie seine Wiedererstarkung als große Gefahr für die Stellung Englands im Orient ansehen. Weiden fehlt aber heute die Macht, ihr Ziel zu erreichen. Rußland ist militärisch und wirtschaftlich noch zu schwach, und England ist militärisch nicht mehr stark genug, weil die englischen Arbeiter Feinde jeder Intervention sind. Der Bolschewismus hat seine Sendlinge nach Anatolien, Mesopotamien, Persien und selbst Indien geschickt, um die nationalen Instinkte der dortigen Völker gegen die englische Herrschaft aufzustacheln. Diese Politik hatte nur Erfolg bei den türkischen Nationalisten. Die übrigen Völker sind innerlich zu schwach, um die englische Herrschaft abzuschütteln zu können. Doch hat die russische Propaganda die englische Stellung kräftig unterminiert und es kann kein Zweifel bestehen, daß in dem Augenblick, wo Sowjetrußland größere Truppenmengen nach dem vorderen Orient senden kann, die englische Herrschaft dort gefährdet ist. Dagegen sind Brangel und die Randstaaten, die sich England als Sturmböden gegen Moskau gebacht hat, Enttäuschungen geworden. Zweifellos wird England versuchen, neue Sturmböden zu finden. Es denkt heute an eine neue Brangelarmee, an Georgien, an die Kemalisten. Neuereungen Churchill zeigen, daß man auch noch an stärkere Kräfte denkt. Lloyd George hofft zurzeit vor allem, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetregierung zu großen Zugeständnissen zwingen oder sie sogar kürzen werden. Es ist andererseits sicher, daß Moskau für ein gutes Handelsabkommen und für die Anerkennung formell auf jegliche Propaganda verzichten würde, da die Vorteile groß genug wären, um eine längere Pause in der offiziellen Agitation zu rechtfertigen. Der Bolschewismus könnte sich kräftig stärken.

Die jetzige Propaganda der Sowjetregierung für die Gewinnung von Konzessionen an ausländische Kapitalisten zielt hauptsächlich auch darauf hinaus, England nachgiebig zu machen. Gewiß ist dieser Plan in erster Linie auf wirtschaftspolitische Gründe zurückzuführen. Er soll durch eine Hintertür den Kapitalismus, dessen Unentbehrlichkeit für den Neuaufbau des Landes die Bolschewisten einsehen, wieder nach Rußland hereinlassen. Im Jahre 1918/19 hat die Sowjetregierung durch Vermittlung des Norwegers Hannestad mit amerikanischen Finanzkreisen über Konzessionen verhandelt. Die Verhandlungen mit dem westamerikanischen Ingenieur Washington Vandenberg und andere russische Angebote in Konzessionen sind geschickt darauf berechnet, Kapitalisten der alten und der neuen Welt zu interessieren. Die Sowjetregierung muß bei der inneren Notlage solche Hilfe in Anspruch nehmen. Sie sucht aber diese Politik auch außenpolitisch auszunutzen. Amerikanisches Kapital an Rußland zu interessieren, war immer ein Gebanke Lenins, kann er damit England nachgiebiger machen oder gar Amerika in Gegensatz zu England und Japan bringen, muß ihm das um so vorteilhafter erscheinen.

Es ist also ganz natürlich, daß sich Rußland und England mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen. Jeder sucht die Schwäche des anderen auszunutzen. Trotz aller äußeren Anzeichen scheint die Verständigung auszubleiben. Keine es dazu, so würde damit nur eine vorübergehende Waffenruhe eingeleitet. Lenin wird nicht müde auf die Aussichten seiner Weltrevolution in Vorderasien und Indien verzichten, noch weniger das neu erwachende

Rußland auf eine mächtige Stellung in der Welt. Lenins Bolschewismus und Rußlands Nationalismus stoßen aber immer und überall auf den Widerstand englischen Imperialismus. Deutschland ist für die Sowjetpolitik heute wichtig, nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Ein großer Teil der Volkswirtschaft kennt Deutschland aus freierer eigener Beobachtung und mancher von ihnen steht nicht an, offen zuzugeben, daß der Wiederaufbau Rußlands nur mit Hilfe der deutschen Arbeit möglich ist. Deutsche Waren sind zudem heute durchschnittlich die billigsten und es versteht sich daher von selbst, daß die Sowjetregierung, soweit sie nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln kann, ihren Bedarf an Lokomotiven, Güterwagen, landwirtschaftlichen Geräten usw. am liebsten in Deutschland decken würde. Mein politisch kann das ohnmächtige Deutschland keine Rolle für Rußland spielen. In Moskau glaubt heute kein Mensch an ein deutsch-russisches Bündnis, wenn man sich auch dort bei dem siegreichen Komarsch gegen Polen Hoffnungen gemacht haben mag. Deutschland zu einer nationalitätlichen Erhebung gegen die Entente mitfortzuziehen zu können. Die Wiederholung von 1918 ist ein leerer Traum, weil Rußland zu schwach ist, Deutschland keine Waffen mehr hat und hungern muß.

Für die deutsche Politik ist die vorerwähnte aufmerksame Beobachtung der russischen Außenpolitik heute erstes Gebot der Klugheit. Unsere fürchterliche Lage gestattet uns keinen Optimismus. Die Entente will ausdeuten, Rußland revolutionieren. Deutschland selbst muß dazwischenfall halten. Eine Politik für Sowjetrußland würde es dem Ententeimperialismus ausliefern, eine Politik gegen Sowjetrußland im den Maß der internationalen Arbeiterwelt und den Bürgerkrieg einbringen. Vollkommene Neutralität ist praktisch das Einzigmögliche. Im übrigen sollte sich das offizielle Deutschland in Schwächen füllen und den deutschen Kaufmann Geschäfte mit Rußland machen lassen. Wenn man aber an die Zukunft denkt, so sollte man nicht dergleichen, was ein starkes Rußland, auch wenn es bolschewistisch geteilt wird, für die Verteilung des Schwergewichts in der Weltpolitik bedeuten kann.

### Sozialdemokratie und Reichsregierung

In seiner Korrespondenz schreibt darüber der Reichstagsabgeordnete Genosse Stampe:

Ueber das Verhältnis der sozialdemokratischen Fraktion und Partei zur Regierung Fehrenbach sind vielfach irrtümliche Vorstellungen verbreitet. Es ist nicht richtig, daß diese Regierung von der Sozialdemokratie unterstützt wird; die Stellung unserer Fraktion zu ihr ist eine rein sachliche. Wenn z. B. die Demokraten im Kabinett auf stärkere und raschere Erfassung der Weiststeuer drängen, so hilft ihnen die Sozialdemokratie natürlich, die Widerstände der bürgerlichen Parteien dagegen zu bekämpfen; aber sie tut das nicht um der schönen Augen der Regierung willen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen. Im Kabinett gibt es ferner zwei Strömungen in der Frage der Sozialisierung des Bergbaus, und da sucht die Sozialdemokratie natürlich diejenige Strömung zu stärken, die ihren eigenen Anschauungen näher kommt. Auf dem Gebiet der Ernährungsfrage aber, wie sie Herr Hermes betreibt, liegt der Gegensatz offen zu Tage, ebensoviele hat die sozialdemokratische Presse ein Hehl daraus gemacht, daß sie den Antifreihändler des Verkehrsministeriums mißbilligt. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik kann es von unserer Seite garnichts anderes geben, als den entschiedensten Widerspruch gegen die jetzt beliebte Methode.

Diese sachliche Stellungnahme unserer Fraktion zur Regierung ist in den Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck gekommen und wird in späteren Verhandlungen vielleicht mit noch größerer Deutlichkeit zum Ausdruck kommen. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß die Sozialdemokratie über die Fehrenbach-Regierung Fehrenbach den Mantel der christlichen Nächstenliebe breitet, daß sie irgend etwas mit ihren eigenen Überzeugungen nicht Vereinbar ist, um die Regierung zu stützen. Eine andere Frage ist, ob die Sozialdemokratie diese Regierung stützen soll.

Einen Austritt des Kabinetts müßte die Neubildung folgen, und dann stände die Wahl zwischen einer Erweiterung nach rechts oder nach links. Mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine neue Reichsregierung zu bilden, hat die Sozialdemokratische Partei nach vor keine Neigung, das würde ihr auch gerade von denen, die jetzt am lautesten nach dem Sturz der Regierung Fehrenbach rufen, am dicksten angezogen werden. Daß die Unabhängigen mit Sozialdemokratie, Zentrum und bürgerlichen Demokraten zusammen eine neue Koalitionsregierung bilden würden, ist gleichfalls nach ihrem bisherigen Verhalten vollkommen ausgeschlossen. Die Regierung könnte daher nicht zurücktreten in der Absicht, eine weiter nach links gerichtete Re-

gierung an ihre Stelle treten zu lassen; sie würde es höchstens tun, um ihre Basis nach rechts hin zu erweitern und die Deutschen nationalen zur Regierungsbildung mit heranzuziehen. Man kann sich nun allerdings auf den Standpunkt stellen, daß die auswärtige Politik des Reiches unter dem Diktat der Entente steht und daß darum die Rechte auch die Verantwortung für sie übernehmen soll. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man die Bildung einer Regierung mit den Deutschen nationalen begrüßen. Die allerhöchste allerdrücklichsten Opposition der Sozialdemokratie wäre ihr gewiß. Vor dieser Konsequenz werden wir, wenn die Entwicklung sie mit sich bringt, nicht zurückweichen; aber schließlich kann es nicht das letzte Ziel der Sozialdemokratie sein, Ministerseffel für die Deutschen nationalen frei zu machen. Daraus erklärt es sich, daß die Sozialdemokratie zwar nicht die Regierung Fehrenbach stützt, daß sie sich aber auch keine Besserung für diesen Augenblick davon versprechen kann, daß sie gestürzt wird.

### Deutschland und die Entente

Neue Noten — Prekstinmen — Die Stimmung in England

Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinat, die französische Regierung habe eine Note an die englische Regierung gerichtet, in der sie eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten zur Erörterung der deutschen und der orientalischen Angelegenheiten für die Zeit zwischen dem 7. und 12. Januar vorschlägt.

Bertinat schreibt sodann noch bezüglich der Entwaffnungsfrage, in England sei die Meinung vorhanden, daß man Deutschland eine Frist zubilligen könne zur Umwandlung der Sicherheitspolizei und der anderen militärischen Organisationen.

Wie dem „Matin“ aus London gemeldet wird, veröffentlicht Reuters eine Note in der Entwaffnungsfrage Deutschlands. In der Note wird gesagt, die englische Regierung sei im allgemeinen befriedigt von der Art und Weise, wie Deutschland die Waffenablieferung besorg. Verstärkung durchgeführt habe und sie sei insbesondere auch der Ansicht, daß Deutschland die auf der Konferenz von Spa übernommenen Verpflichtungen mit Ehren erfüllt habe. Wenn auch nicht zu bestreiten sei, daß in manchen Teilen Deutschlands Waffen verstreut gehalten würden, so könne man doch nicht die deutsche Regierung dafür verantwortlich machen, denn man dürfe nicht vergessen, daß die deutsche Regierung sich großen Schwierigkeiten gegenüber befinde.

Aus London wird ferner berichtet:

Die Nichterfüllung eines kleinen Teils der Spaer Protokolls hat keinesfalls den automatischen Eintritt der Okkupation zur Folge, wie Lord George in Spa ausdrücklich bemerkte; es könnte nur eine interalliierte Aktion in Frage kommen. Eine unabhängige Aktion Frankreichs würde bindende Verpflichtungen verletzen, wozu Legation keineswegs bereit ist. „Daily Telegraph“, der über die französische Politik gut informiert ist, wiederholt, daß auch eine Okkupation nicht beantragt hat, und erinnert, daß das Ausgreifen nicht an das französische Besatzungsgebiet grenze, was oft übersehen werde. Für eine interalliierte Aktion im Ruhrgebiet ist weder ein gemeinsames Interesse noch Stimmung vorhanden, vorausgesetzt, daß die deutsche Politik kapitale Fehler vermeidet. Darum ist mögliche Ruhe des Urteils in Deutschland empfehlenswert. London wünscht eine sorgfältige Prüfung vor der weiteren Stellungnahme. „Daily Telegraph“ deutet an, daß anstatt einer militärischen Operation andere, weniger strenge, aber ebenso wirksame Zwangsmittel bei der nächsten Zusammenkunft der Alliierten geprüft werden. Bezüglich des Spaer Kohlenabkommens glaubt das Blatt ankindigen zu können, daß Frankreich eine Beringerung, stattdessen eine gewisse Erhöhung der Besteuerung vorschlagen werden. Alle Beteiligten würden eine Herabsetzung der Preise und eine Aenderung des Spaer Zahlungsmodus verlangen.

Es sind in der englischen Presse in den letzten Tagen einige Stimmen zu Wort gekommen, die eine gewisse Ungebuld mit dem neuerlichen Vorgehen Frankreichs und der Militärkommission zu betonen scheinen. Wir wissen nicht, welche positive Bedeutung und welcher Einfluss auf das britische Kabinett diesen Stimmen zukommt. Wie in früheren Fällen, kreuzen sich in London die Stimmungen, und das zeigt sich sogar in der offiziellen Berichterstattung. So hat Reuters mehrfach gerichtet, bestritten, daß zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Lord Curzon und dem deutschen Vorkämpfer Ethamer eine Unterredung stattgefunden habe. Offenbar wollte man durch die Versicherung, daß der Besuch des deutschen Vorkämpfers im Auswärtigen Amt keinerlei Bezug auf die Frage der Entwaff-

## Madame Bovary

5. Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

Und wütend fuhr sie fort: Die Tochter des alten Rouault, ein Stadträtelein. Es war nicht zu glauben! Ihr Großvater war noch Schiefer gewesen, und sie hatte einen Vetter, dem es neulich vom Schwurgericht beinahe sehr übel gegangen wäre, weil er bei einer Streitigkeit das Messer gezogen hatte. Wenn man sich eine Vermandtschaft hat, soll man doch nur ja nicht so viel hermachen wollen und des Sonntags in der Kirche in seidenen Kleidern herumstolzieren wie eine Gräfin! Der gute Rouault! Als ob nicht ein jeder wüßte, daß er ohne die gute Wapserte im vorigen Jahre sehr in Schulden geraten wäre.

Um Frieden zu haben, stellte Karl seine Besuche in Vertaus ein. Seine Heloise hatte ihn nach einer heftigen Aufwallung ihrer Liebe unter Seufzern und Küßen auf das Rehbüch schwören lassen, nicht mehr dorthin zu gehen. Er gehorchte ihr, doch war seine Sehnsucht soviel stärker als seine Unterwürfigkeit, daß er sich in einer Art naiver Heuchelei vorredete, das Verbot, sie zu sehen, gäbe ihm das Recht, sie zu lieben! Und seine Witwe war so mager und hatte so lange Zähne! Dazu trug sie zu jeder Jahreszeit einen kleinen schwarzen Schal um den Hals, dessen Enden zwischen ihren Schultern auf ihrem Rücken baumelten. Ihr ediger Körper war wie in ein Futteral in zu enge und zu kurze Kleider eingezwängt, die ihre Knöchel sehen ließen und die großen Schöße mit den plumpen Bändern um die grauen Strümpfe.

Karls Mutter besuchte sie hin und wieder, und stieß sehr bald in dasselbe Horn wie die Schwiegermutter. Wie beobachteten sie ihn, was mußte er nicht alles für Frieden von ihnen anhören! Es war sehr unredlich von ihm, so viel zu essen! Weshalb bot er jedem, der kam, einen Willkommentrunk an? Wie eigenförmig, kein Flanellunterzeug zu tragen!

Nun ereignete es sich, als der Frühling kam, daß der Notar aus Nonville, der das Vermögen der Witwe verwallete, sich eines schönen Tages mit flotter Brise einschiffte und alle bei ihm deponierten Gelder mit sich nahm. Heloise besaß allerdings noch einen Anteil an einem Schiffe, der auf sechs-tausend Franken abgeschätzt werden war und ihr Haus in der Gasse „Francisstraße“. Doch waren von all dem Vermögen, von dem man so viel Aufhebens gemacht hatte, bis jetzt nur ein paar Möbel und ein paar Rippfäden zum Verkauf gekommen. Nun mußte man doch einmal Klarheit schaffen. O weh! Das Haus war

bis auf die Balken von Hypotheken wie von Holzwürmern zerfressen; wieviel sie bei dem Notar liegen gehabt hatte, konnte nur Gott allein wissen, und der Schiffsantel betrug nicht mehr als tausend Taler. Sie hatte gelogen, die Guts!

In seiner Wut geriet Herr Bovary senior einen Stuhl, mit dem er auf den Boden aufstumpfte, und klagte seine Frau an, ihren Sohn ins Unglück geführt zu haben, weil sie ihn mit einer Schindmähne zusammengeloppelt habe, deren Geschütz nicht einmal ihre Haut wert sei. Beide Gatten begaben sich nach Totes. Es kam zu einer Auseinandersetzung, es gab Seenen. Heloise warf sich schlügend in die Arme ihres Gatten und flehte ihn an, sie vor seinen Eltern zu beschützen. Karl wollte vermitteln, die Eltern wurden böse und reisten wieder ab.

Doch hatte der Stuhl geplatzt! Acht Tage später bekam Heloise, als sie gerade Keinen auf die Weiche legte, einen Blutsturz; und am folgenden Morgen, als Karl gerade einmal den Rücken gewandt hatte, um einen Fenstervorhang herabzulassen, sagte sie nur: „Ach mein Gott!“ stieß einen Seufzer aus und entschlief.

Sie war tot! Wie sonderbar.

Als die Zeremonien auf dem Kirchhof beendet waren, ging Karl allein in sein Haus zurück. Zu unteren Geschoß war niemand. Er stieg in die erste Etage zum Zimmer seiner Frau empor und sah ihr Kleid im Aktlofen hängen. Dann setzte er sich an den Schreibtisch und blieb bis zum Abend in traurige Betrachtungen verfallen.

Zimmerhin — sie hatte ihn geliebt.

3.

Eines Morgens kam der alte Rouault selbst, um Herrn Bovary das Honorar für sein repariertes Bein zu bringen: fünf- und zwanzig Franken in vierzig Sousstücken und einen Kaputt. Er hatte von seinem Trauersfall gehört und tröstete ihn, so gut er konnte.

„Ich kenne das“, sagte er und schlug ihm auf die Schultern, „ich war einmal genau in demselben Falle. Als ich damals meine liebe Frau verloren hatte, ging ich ins Feld hinaus, um allein zu sein. Ich fiel unter einem Baum hin und weinte und baderte mit Gott. Ich hätte einer von den Maulwürfen sein mögen, die sich vor mir in die Erde bohren, denen schon die Würmer im Weibe wimmelten und die morgen bedecken mußten. Und wenn ich daran dachte, daß die anderen nun ihre lieben, hübschen Weiberchen noch hatten und ans Herz drücken konnten, prügelte ich vor Wut mit meinem Stock die Erde. Ich war so quajj verriecht, ich sah nicht mehr. Der Gebanke, allein in ein Café zu gehen, widerte mich an, nicht zu sagen! Na... dann

verjagte so ein Tag sanft den anderen, ein Frühling kam nach dem Winter und ein Herbst nach dem Sommer, und so nach und nach, ganz allmählich ging der Schmerz weg. Das heißt vielmehr, er verfiel, denn irgend etwas bleibt ja doch immer auf dem Grunde des Herzens liegen... so ein Druck auf der Brust... na, es ist nun einmal unfer aller Schicksal, man darf deswegen nur nicht gleich glauben, nun sei alles aus, und auch sterben wollen, weil die anderen gestorben sind. Sie müssen sich zusammenreißen, Herr Bovary; es wird schon vorübergehen. Besuchen Sie uns doch einmal! Meine Tochter denkt manchmal an Sie und glaubt, Sie hätten uns ganz vergessen. Bald kommt der Frühling, dann können wir ja auch mal zum Berggülden ein paar Kaninchen im Gehege fischen.

Karl fragte diesem Rat und machte wieder einen Versuch in Vertaus, als er genau so wiederlang, wie er es am Tage vorher, das heißt vor fünf Monaten, verlassen hatte. Die Wälder blühten schon, der alte Rouault ging wieder hin und her und brachte Leben und Bewegung in den Gutslof.

Er heiratete für seine Neugierde, dem Arzt in seiner traurigen Stimmung durch tausend kleine Höflichkeiten sein Mißgefühl zu beweisen. Er hat ihn oft, den Gut nicht abzunehmen, weil es zu kühl sei, sprach nur mit gedämpfter Stimme zu ihm, wie zu einem Kranken, und tat ordentlich wütend, wenn man nicht ihm zuliebe etwas besonders Reiches auftrug — eine Creme oder ein paar gelochte Birnen. Er erzählte Geschichten, und Karl überreichte sich dabei, daß er lachte. Höflich erinnerte er sich wieder an seine Frau und wurde betrübt. Kam dann aber der Kaffee, so hatte er gedöhrnd schon wieder alles vergessen.

Und je mehr er sich daran gewöhnte, allein zu leben, desto feltener dachte er an seine Frau. Das angenehme Gefühl seiner Unabhängigkeit machte ihm die Einsamkeit bald erträglich. Er durfte nun speisen, wann es ihm beliebte, kommen und gehen, ohne irgend einen Grund dafür angeben zu müssen, und wenn er müde war, in seinem Bett umhertrotzen alle Tiere von sich freiden. Doch ließ er sich gern ein wenig verwöhnen und nahm die Kräftigungen, die man ihm spendete, zutraulich an. Der plötzliche Tod seiner Frau hatte ihm übrigens in seinem Pratz nur genützt, denn man sprach noch einen ganzen Monat lang von dem „Unglück“ und „dem armen Manne“, wodurch sein Name bekannt und der Kreis seiner Klienten größer wurde. Nach Vertaus ging er jetzt, so oft es ihm gefiel, eine ziellose Hoffnung, ein unbestimmtes Glück schwebte ihm vor. Wenn er jetzt zumellen vor dem Spiegel seinen Bart dürrte, fand er, daß er doch gar nicht so abstoßend ausfähe.

(Fortsetzung folgt.)

es höchstens die Deutschen... Diktat der Verantwortung...

Donnerstagen nach dem täglichen Brot

Dem deutschen Bauer zum Jahreswechsel widmet ein Ständegenosse im Vereinsorgan des Badischen Bauernvereins...

„Gib uns Brot!“

In den Städten wohnt der Hunger und das Elend. Deshalb, deutscher Bauer, so ruft dieser Landwirt seinem Ständegenossen zu:

„Gib das Herz am rechten Fleck und erkenne die fürstliche Not der Zeit. Des Volkes Wohlfahrt sei dein oberstes Befehl!“

Werden viele Bauern diese erste Mahnung einsichtiger Berufsgeossen befolgen? Es ist höchste Zeit dazu, sollen nicht bittere neue Kämpfe entstehen.

Ein englisch-japanisches Schachergeschäft um die deutschen Kolonien

Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Washington meldet aus Morion (Ohio), die Veröffentlichung eines Briefes des ehemaligen Botschafters im Handelsamt, Demmen, habe im Kongress großes Aufsehen hervorgerufen...

Von der Eisenbahnerbewegung

In unserer Suitgartener Wanderblatt lesen wir über die Bewegung der Eisenbahner:

Die Regierung wie die Beamtenchaft dürfen kaum im Zweifel sein darüber, daß wenn der Brand zum Ausbruch kommt, es einen Kampf gibt, wie Deutschland noch keinen gesehen hat...

Wie die Stimmung in der Beamtenchaft ist, soll der nachfolgende kleine Auschnitt aus Württemberg zeigen, wo die Lage bekanntlich so ziemlich am ruhigsten ist.

Die Erfahrungen bei allen Eisenbahnerstreiks bis zum heutigen Tag hat gezeigt, daß die Lage der Streikenden von der Haltung der Lokomotivbeamten abhängt. Die Lokomotivbeamten sind im Deutschen Reich die bestorganisierten und bestdisziplinierten.

Diese Lokomotivbeamten sind im Reich 78 000. Von diesen 78 000 Lokomotivbeamten haben 2404 abgestimmt, also alle, die nicht krank sind oder Urlaub haben. Von den 2404 abgegebenen Stimmen lauteten 1980 für den Streik und nur 396 dagegen, die übrigen Stimmen waren unglücklich.

Die Abstimmung wurde geheim, ohne jede Beeinflussung mit den gleichen Sicherheitsvorkehrungen wie bei Parlamentswahlen vorgenommen.

Wir deutsche Frauen

Von Frieda Rudolph-Staubitz

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei wurde von Frau Dr. Bernays aus Mannheim die Behauptung, daß wir Frauen geborene Kämpferinnen, zurückgewiesen, wir seien vielmehr geborene Helfende...

Wir deutsche Frauen aber, die wir blutenden Herzens unsere Männer, unsere Söhne dem Wahnsinn eines Krieges in den Rücken geworfen, wir deutsche Mütter, die wir unser ganzes Glück den Maschinenwehren und Granaten geopfert, wir deutsche Kinder, die wir unsere Mütter, unsere Enkelkinder verloren, die wir verkrüppelt und verunstaltet heute um Brot bitten müssen, wir alle erheben uns zu einem flammenden Protest, zu einem Schrei der Empörung, den wir euch befallenden Frauen ins Antlitz schleudern: Frau! Frau! ob dieser Dinge! Wir sind Kämpferinnen. Wir tragen die Fahne des Friedens in heiligen Händen. Wir lassen nicht ab, von Land zu Land unser Band zu schlingen, von Frauenberg zu dem nächsten Frauenberg, daß wir untergehen, unsere Liebe und unser Wille zum Frieden werden den Sieg davontragen.

Heldenerkennungen? Wir deutsche Frauen werden uns verächtlich von jenen „Helden“, denen das Leben unserer armen Mütter, Männer, Söhne ein Dreck war, denen es nicht darauf ankam, zur Befriedigung ihres hohen Machtbedenkens Hunderttausende nutzlos in den Tod zu peitschen, Frau über euch Frauen, die ihr Leben prächtigen Märdern noch Kränze windet und Weißkraut freut. Von den wahren Helden unseres Vaterlandes müßte man nichts zu sagen. Mit keinem Wort erwähnte man die auf den Schlachtfeldern geliebten, die zu Krüppel geschloffen, die namenlos Entstellten, die ihr eigenes Leben preisgaben, damit — die Frauen der Deutschen Volkspartei über ihr grenzenloses Opfer hinweg einigen klingenden Namen devote Ehrenbezeugungen machen dürfen.

Aber wir deutsche Frauen tragen den Fluch dieses Krieges, wie ein ewig brennendes Mal im Herzen. Wir nehmen jedes Opfer dankbar und gern auf uns, wenn es gilt, dem armen Kriegsgeliebten, dem hilflosen Krüppel, dem Kriegsgeheimen auch nur einen Lichtblick bereiten zu können, wenn es gilt, dieses Geliebten zu feiern. Wir werden nicht müde, mit

Die erste Lesung der neuen Gemeindeordnung

In den nächsten Wochen finden auch im Verbreitungsbezirk des „Volkstreu“ sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenzen statt, die sich mit der neuen Gemeindeordnung beschäftigen. Da scheint es uns angebracht, eine Zusammenstellung der Beschlüsse wiederzugeben, wie sie die Kommission für Rechtspflege und Verwaltung des badischen Landtags gefaßt hat. Ein Mitglied der betreffenden Kommission, Abg. Gen. Rahn, teilt hierüber mit:

Der in zehn Abschnitten zusammengefaßte Entwurf weist durch die Beratung des Ausschusses erhebliche Änderungen auf, die aller Voraussicht nach in der zweiten Lesung noch vermehrt werden. Durch die Verhandlungen im Landtagsausschuß hat sich bereits die breitere Öffentlichkeit mit der Frage der Neugestaltung der badischen Gemeindeverfassung befaßt und es kann nur wünschenswert sein, wenn dieses bis zur zweiten Lesung in einem noch größeren Umfang geschieht.

Bevor der Ausschuß in die eigentliche Beratung des Entwurfs eingetreten ist, wurden zunächst einige grundsätzliche Fragen erörtert. Durch die Übertragung der Finanzhoheit der Gemeinden auf das Reich kann die Festlegung der Einnahmequellen für die Gemeinden in der neuen Gemeindeordnung nicht erfolgen und es wurde die Frage aufgeworfen, ob es jetzt zweckmäßig ist, in eine Beratung einzutreten, wo doch das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gemeinden noch nicht vollständig seine Klärung gefunden hat. Der Ausschuß und mit ihm die Regierung waren einmütig der Auffassung, daß trotz des unsicheren Verhältnisses der Entwurf einer Beratung zu unterziehen ist. Bei dieser Gelegenheit wurde die finanzielle Notlage der Gemeinden, insbesondere die der großen Städte, hervorgehoben und die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung für Bereitstellung größerer Mittel an die Gemeinden vorstellig zu werden. Angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches brauchen sich die Gemeinden keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, daß ihnen durch direkte Überweisungen des Reiches irgendwelche finanzielle Hilfe zuteil werden wird. Vielmehr müßte darauf hingewirkt werden, daß den Gemeinden eine größere Steuermöglichkeit geschaffen wird, die erhöhte Einnahmen bringen, um dadurch die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Nach Beratung einiger grundsätzlicher Fragen wurde in die Spezialberatung zu Abschnitt

1. Allgemeine Bestimmungen

eingetreten. In der Behandlung der einzelnen Abschnitte sind hier nur die wichtigsten Punkte herausgegriffen, die zu Beanstandungen und Änderungen führten. Der § 3 sieht die Einteilung der Gemeinden wie folgt vor:

- a) Gemeinden bis zu 200 Einwohner (Kleine Gemeinden);
b) kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis zu 4000 Einwohner (Mittlere Gemeinden);
c) mittlere Stadtgemeinden und große Landgemeinden mit mehr als 4000 bis zu 15 000 Einwohner (Große Gemeinden);
d) Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohner (Städte im Sinne des Gesetzes).

Diese Regelung bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustande eine Neuordnung. Bisher erfolgt nach der Gemeindeordnung nur bezüglich des Wahlverfahrens bei der Wahl der Bürgermeister und der Gemeinderäte eine ähnliche Abgrenzung. Durch die vorgeschlagene Einteilung müßte die Stadt Laar mit 13 401 Einwohner aus der Reihe der Städteordnungsstädte ausgeschaltet werden; um dieses zu verhindern, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die bisherigen Städte der Städteordnung im Sinn des Gesetzes als Städte beläßt. Ein Antrag, der die Grenze der Städteordnungsstädte von 15 000 auf 20 000 Einwohner festsetzen wollte, wurde abgelehnt.

Der § 7 regelt die polizeilichen Aufgaben der Gemeinden und bezieht genau die Gebiete, auf denen sich die polizeiliche Tätigkeit der Gemeinden zu erstrecken hat. Nach dem Entwurf kommt hierfür in Betracht die ortspolizeiliche Verwaltung des Gesundheitswesens, der Straßen, der Märkte, des Gewerbes, des Armenwesens, des Wohnungs- und Bauwesens, des Feuerfahrdienstes, der Gemarkungsverhältnisse, die örtliche Fürsorge für Reinlichkeit und Sauberkeit, sowie die

Fürsorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb der Gemarkung. Die Gemeinden besitzen in diesem Umfang auch das Recht der Ausübung polizeilicher Gewalt (Recht der Ortspolizei).

In den Städten kann, soweit nicht durch besondere Gesetze abweichende Regelung getroffen wird, nur die Fürsorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung einer staatlichen Verwaltungsstelle übertragen werden. Mit anderen Worten, es verbleibt nach wie vor die Sicherheitspolizei in den Städten der Staatsverwaltung.

Während bisher im § 8 Abs. 2 der G.O. vom Recht der Übertragung der Ortspolizei gesprochen wird, erkennt der Entwurf die ortspolizeiliche Tätigkeit grundsätzlich als Gemeindeangelegenheit an. Das Ministerium des Innern kann im Benehmen mit anderen Ministerien einzelne polizeiliche Verwaltungszweige mit Ausnahme der Gemarkungspolizei ganz oder teilweise einer staatlichen Verwaltungsstelle übertragen. Der Ausschuß beschloß hierzu folgenden Zusatz: „Inwieweit in diesem Falle die Gemeinden zu den Kosten der staatlichen Verwaltung Beiträge zu leisten haben, wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“ Nach § 8 kann das Ministerium des Innern den Städten Geschäfte der inneren Staatsverwaltung für ihren Gemarkungsbezirk übertragen. Da die Regierungsvorlage in diesem Punkte sich nicht klar ausdrückte, fügte der Ausschuß den Zusatz bei, daß hier Aufgaben der Landespolizei und Geschäfte der inneren Staatsverwaltung im Bereich der Gemarkungsgrenze übertragen werden können. Der § 9 behandelt die Staatsaufsicht und greift zum Teil sehr scharf in die Selbstverwaltung der Gemeinden ein.

2. Die Angehörigen der Gemeinden, ihre Rechte und Pflichten.

Der § 11 besagt: „Wer auf der Gemarkung der Gemeinde wohnt (Gemeindeangehöriger), ist bei Erfüllung der Voraussetzungen zur Benutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen der Gemeinde berechtigt und zur Teilnahme an den öffentlichen Lasten verpflichtet.“ Durch die klare Fassung dieses Paragraphen, wo nur noch von Gemeindeangehörigen die Rede ist, wird endlich die Bestimmung des § 2 der jetzigen G.O. beseitigt, nach der die Einwohner in Gemeindebürger oder staatsbürgerliche Einwohner eingeteilt sind. Die §§ 12-17 behandeln das Wahlverfahren zu den Gemeindevätern, das dem im vorigen Jahre in der Nationalversammlung beschlossenen Wahlgesetz entspricht. Die sozialdemokratischen Vertreter versuchten hier die sechsmonatliche Wahlzeit zur Teilnahme an den Gemeindevahlen zu beseitigen und nachdem ihnen dieses nicht gelang, schlugen sie eine dreimonatliche Karenzzeit vor, auch dieses wurde von den gesamten bürgerlichen Vertretern abgelehnt. Als eine unwesentliche Verbesserung kann nur die Verlängerung der Frist von zwei auf drei Jahre bezeichnet werden, wenn jemand das Wahlrecht durch Wegzug verloren hat und vor Ablauf von 3 Jahren wieder in die Gemeinde zurückkehrt, so erhält er das Wahlrecht wieder zurück. Das ist die einzige Verbesserung, die bei dem Wahlverfahren getroffen wurde. Der Ausschuß hat gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen, die Militärpersonen vom Wahlrecht auszuschließen. Für die Wahlbarkeit zu einem Gemeindeamt sieht der Entwurf das Alter von mindestens 25 Jahren vor. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, das Alter auf 21 Jahre herabzusetzen, für das sich die bürgerlichen Parteien nicht entschließen konnten und damit den Antrag zur Ablehnung brachten. Zu diesem Abschnitt stellten die sozialdemokratischen Vertreter den Antrag, daß einem Gemeindevater, der aus der Partei, auf deren Liste er gewählt wurde, ausscheidet, sein Mandat für verlustig erklärt wird. Bei allen Parteien hat man schon die Beobachtung machen können, daß gewählte Vertreter aus der Partei ausgeschieden sind und trotz wiederholter Aufforderung ihr Mandat nicht zur Verfügung der Partei stellten, von der sie gewählt wurden. Schon aus politischen Rücksichtungsgründen hätte der Ausschuß sich einmütig für den sozialdemokratischen Antrag erklären müssen. Mein ich erlaube wie so viele das Schicksal, daß er abgelehnt wurde. Außerhalb des Landtagsausschusses werden bereits in den Kreisen der bürgerlichen Parteien Stimmen laut, die eine Regelung der Frage im Sinne der sozialdemokratischen Anregung für zweckmäßig halten. In einer demokratischen Versammlung in Mannheim befürwortete man Sicherung gegen solche unsihere Kandidaten. Vielleicht werden sich zur zweiten Lesung die bürgerlichen Vertreter sich eines besseren belehren lassen. (Fortsetzung folgt.)

unser ganzen Liebe diesen armen Menschen die Leiden, die sie um unfertwillen tragen, vergessen zu machen. In diesem, und nur in diesem Sinne sind wir Helfende...

Ihr mitleidigen Frauen der Deutschen Volkspartei, was schert uns die Not um Krone und Szepter. Ihre früheren Träger haben allein für sich mehr zu leben als tausend darbenbe Kriegswaisen. Sie haben für sich allein Häuser und eine Umgehung, die tausenden von deutschen Kindern eine Erholungsstätte wären. Wo ist die hingebende Liebe dieser Frauen? Wo ihr Opfer, das sie als Kaiserin dem Volke bräutet, dem Volke, das um ihrer Krone willen bis zum Weißbluten gepreßt wurde? Wo ist das erlauchte Haus, das seine Mütter den Verminen teilte und sagte: Laßt mich arm sein mit euch Armen. Mitleidige Seelen spart eure Tränen. Ihr wißt so gut als wir, daß diese hohe Familie nicht einmal vor Vermögensveränderungen zurückschreckt. Daß der Hohenzollernbrunn einen Ausschuß der Kriegesbeschädigten, der um eine Opfergabe bei für die darbenenden Kameraden, kalt zurückwies, für das Feststehen eines Kriegervereins aber Gelder übrig hatte. Diesen Taten gegenüber unserer großen Not genügen uns deutschen Frauen, den letzten Rest von Achtung für diese armen Menschen zu verlieren. Wir deutsche Frauen singen auch nicht die Macht am Rhein. Das Echo, das uns darauf geklungen, war vorgetreten: wie Schwerträger und Wogenprall, und es hat uns tiefes Elend gefoßt. Dieses Lied ist uns gründlich vergangen. Und lieben wir auch den Rhein und hängt unser Herz mit tausend Hasern an ihm, der daß ist das Letzte, das ihn uns gewinnen läßt.

Schreiben wir nicht Dezember 1920? Haben wir nicht zwei Jahre Republik und ist es nicht ebenfals, daß uns Frauen endlich das Wahlrecht geworden. Und haben die Frauen der Deutschen Volkspartei schon vergessen, wenn sie das Wahlrecht danken? Etwa ihren Selben oder der Kaiserin? Gätten sie je unter dem Regiment eines Hohenzollern zusammenzutreten dürfen, gleichberechtigt mit dem Mann im Reichstag sitzen? Und wenn danken sie es denn, daß sie auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei überhaupt solche Reden halten dürfen? Wissen sie nichts anderes, als in der Zeit der tiefsten Not des härtesten Elends die Macht am Rhein anzuhängen? Ist das nicht vielmehr Verrat am deutschen Volke? Ist das nicht mit freiden Füssen auf dem blutenden Volkstörper herumgetreten? Ist das nicht zu den vielen Wunden immer wieder frische und neue hinzugefügt, statt liebend zu heilen. Und ihr wollt deutsche Frauen sein? Ihr nennt euch Sammelbecken aller Deutsche-

minnen. Nein, das ist kein Deutschtum. Auf Elend immer neues Elend kaufen, das Weltelend bereuigen, das ist nicht deutsche Art.

Wir deutsche Frauen haben euch erkannt. Wir schauen euch ins Antlitz mit dem lodernden Feuer der Verachtung. Wir sehen den Abgrund, der uns zu verschlingen droht und wir tragen Stein auf Stein in unermüdlicher und fleißiger Arbeit, mit gebeugtem Rücken und zitternder Hand, um diesen Abgrund zu überbrücken. Wir essen schlechtes Brot, wir tragen dürftige Kleider, wir haben ein mangelhaftes Obdach, das uns eure „Helden“ beschert, das sind unsere Opfer, und sie aneinander gereicht werden unsern armen Land mehr Segen bringen als eure Macht am Rhein und ihre Fortsetzung, die doch wieder unsere Männer und Söhne besorgen müßten. Wir stehen und wachen unter der Macht unserer Not. Wir wissen unser Freiheitsgeschick mit heiligen Händen zu hüten. Uns hat die Revolution mit liebender Hand aus dem Staube gehoben und nicht ein Kaiserthron. Uns hat sie die Stimme gegeben, über das Wohl und Wehe unsres Landes zu entscheiden. Es hieße sie mißbrauchen, wollten wir euch Vernichtern der Republik zustimmen. Es hieße uns selbst ins Antlitz schlagen der Republik eure Macht am Rhein singen. Ihr seid nicht deutsch. Deutsch sein, heißt frei sein. Ihr aber malt uns die alten Fesseln wieder bringen. Ihr wollt über die Leiden unserer heiligen Toten hinweg einen neuen Wahnsinn verbreiten.

Wir deutsche Frauen aus Haus und Fabrik, wir rufen euch zu: nie und nimmer! Wir wissen unsern Weg:

- Um Freiheit gerungen, um Freiheit geschafft, gilt das nicht viel?
„Im kleinsten Punkte die größte Kraft“, führt uns zum Ziel, läßt uns des Lebens Krone sehn: Als „freies Volk auf freiem Grund zu sehn“!

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.) Von der Neuen Zeit ist soeben das 14. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Abstammung in Obersachsen. Von Theodor Müller (Dreslau). — Die Konzentration in der Montanindustrie. Von Artur Geichen. — Wie sieht es Irland aus? Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Die Frauen und die Partei. Ein Nachtrag zum Kasseler Parteitag. Von Henri Leh-

### Aus der Partei Gemeindevertreterkonferenzen für den Agitationsbezirk Karlsruhe

Um den Gemeindevertretern sowie den Kreis- und Bezirksratsmitgliedern in weitestem Umfange Gelegenheit zu geben, zu dem Gesetzentwurf „Die neue Gemeindeordnung“ sowie zu der Kreisverfassung Stellung zu nehmen, finden am Sonntag, 9. Januar, nachstehende Konferenzen statt. Es bietet sich dadurch jedem Vertreter dieser Körperschaften die Möglichkeit, Anregungen zu geben und auf Mängel hinzuweisen die den betreffenden Gesetzen noch anhaften. Die Landtagsfraktion und die Parteileitung legt großen Wert darauf, daß alle dazu Berufenen zum Wort kommen. Wir bitten die Parteivereine, dazu Stellung zu nehmen und für guten Besuch dieser Konferenzen zu sorgen. Die Konferenzen finden statt wie folgt:

Für die Unterbezirke Achern und Bühl: in Achern im „Bahnhofhotel“, vormittags 10 Uhr, Referent: Landtagsabg. abg. Rüdiger Fischer-Karlsruhe.

Unterbezirk Bretten: in Bretten im „Württembergischer Hof“, nachm. 2 Uhr, Referent: Stadtrat Schübelin-Frozheim.

Unterbezirk Bruchsal: in Bruchsal in der „Fals“, vorm. 10 Uhr, Referent: Landtagsabg. Gen. Krifschbach.

Unterbezirk Durlach: in Durlach im „Goldenen Löwen“, vorm. 10 Uhr, Referent: Landtagsabg. Gen. Müller-Baden-Bichtental.

Unterbezirk Ettlingen: in Ettlingen im „Wilden Mann“, vorm. 10 Uhr, Referent: Landtagsabg. Gen. Keller-Rastatt.

Unterbezirk Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land: in Karlsruhe im „Elefant“ (Kaiserstraße 42), vorm. 10 Uhr, Referent: Gen. Verbandsdirektor Weller.

Unterbezirk Forzheim-Stadt und Forzheim-Land: in Forzheim im „Adler“, nachm. 2 Uhr, Referent: Landtagsabg. Gen. Kutz.

Unterbezirk Philippsburg: in Philippsburg im „Grünen Winkel“, nachm. 3 Uhr, Ref.: Landtagsabg. Gen. Stodinger.

Unterbezirk Rastatt, Gaggenau und Baden: in Rastatt im „Anker“, vorm. 10 Uhr, Referent: Landtagsabg. Gen. Weber-Durlach.

Auch solche Genossen und Genossinnen, die nicht Vertreter obiger Körperschaften sind, aber Interesse an den Verhandlungen haben, sind zur Teilnahme eingeladen.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinz.

Unterbezirk Durlach, Kommenen Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet in Durlach im „Goldenen Löwen“ eine Gemeindevertreter-Konferenz statt. Landtagsabg. Müller (Baden-Bichtental) wird über „Die neue Gemeindeordnung“ referieren. Alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Auch bei Durlach, 3. Jan. Kommenen Samstag, 3. Jan., abends Punkt 1/2 8 Uhr, findet im Lokal zur „Lüne“ die diesjährige Generalferversammlung statt, daran anschließende Präsenzhaltung. Die Mitglieder werden um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Diejenigen Genossen, die noch mit ihrer Beitragszahlung im Rückstand sind, können in der Versammlung ihre Beiträge zahlen.

Niederbühl, 3. Jan. Donnerstag abend 1/2 8 Uhr findet in der Wirtschaft zur „Eintracht“ eine Parteiversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist infolge der wichtigen Tagesordnung sehr erwünscht.

### Bewerkschaftliches

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst schreibt: In Berlin hat sich ein Reichsausschuss für Vieh- und Fleischverkehr gebildet, der sich die Kontrolle der Vieh- und Fleischpreise zur Aufgabe gestellt hat und versuchen will, auf eine Senkung der Preise hinzuwirken. In diesem Hauptausschuss sind auch Vertreter der Verbraucher und als solche die Gewerkschaften vertreten. Der Hauptausschuss hat in einer Reihe von Bezirken Unterausschüsse eingesetzt. Es ist wünschenswert, daß auch in diesen die Gewerkschaften durch ihre Ortsausschüsse Zutritt zu erlangen suchen, und es wird weiter empfohlen, daß als Vertreter der Gewerkschaften auch ein Fachmann aus dem Fleischergewerbe hinzugezogen wird. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Berlin O. 2, Dürsenstr. 4, ist bereit, sachkundige und erfahrene Genossen als Vertreter den Ortsausschüssen zu bezeichnen.

### Genossenschaftsbewegung

Konsumgenossenschaften und landw. Genossenschaften

Wärsche Konsumvereine haben kürzlich die „Konsumgenossenschaftliche Fleischerverorgungsgesellschaft in Wahren“ gegründet. Ein Schritt weiter auf dem Wege zur genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft. Die Gründung begrüßt die „Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspress“ mit folgenden Worten: Noch einen Schritt weiter und die nächste Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher wäre da. Es fehlt dazu nur, daß die Fleischerverorgungsgesellschaft das Schlachtvieh unmittelbar von Viehwerterzeugungsgenossenschaften kauft und es in eigenen Schlachtereien zum Verkauf herrichten läßt. Es ist Sache der eigenen Ueberlegung der Fleischerverorgungsgesellschaft, ob sie sich auch zu dieser weiteren Tätigkeit entschließen will.

Mann (Göttingen). — Die Beitragszahlung zur Arbeitslosenversicherung. Von Dr. Biensfeldt (Hamburg). — Altersrente (München). Dr. Müller-Freienfels, Psychologie der Religion. Paul Feldteller, Die Idee der nächsten Religion. Von Sommer. Stephan Weig, Romant. Holland. Der Mann und das Werk. Von Dr. Irma Dittl. Max Schuppel, Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften in England. Von Franz Kaufkötter. Johann Borch, Am Kreuzweg der Liebe. Von I. Wilhelm Meyer-Hörster, Die Liebe der Jugend. Von —.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1.25 M. das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.25 M. Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

Waffen für den Wahlkampf. Für die bevorstehenden Wahlen zu dem preussischen Landtage, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreislagern, sind in dem Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine Reihe von Schriften erschienen. Abgesehen von dem Handbuch für die Landtagswahlen hat der Verlag eine Textausgabe der preussischen Verfassung mit einer Einleitung von dem Gen. Paul Hirsch veröffentlicht. Von demselben Verfasser erscheint in den ersten Tagen des neuen Jahres ein Führer durch das Landtagswahlgesetz, das im Wortlaut übrigens auch im Handbuch abgedruckt ist sowie durch das Gesetz über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreislagern.

schlicht oder auch nur entschließen kann. Daran besteht aber wohl kaum ein Zweifel, daß es in Zukunft, ob auf diesem oder jenem Weg, auch hierzu kommen muß; dann ist aber erst die gewünschte nahe Beziehung zwischen Erzeugern und Verbrauchern hergestellt.

Ganz recht! Das Ziel wurde richtig gesehen. An den organisierten Verbrauchern soll es nicht fehlen, wenn Umweg und falsche Kosten in der Gütervermittlung vermieden werden können.

### Gerichtszeitung

4. Freiburg, 31. Dez. Die Strafkammer verhandelte in zwei aufeinanderfolgenden Tagen gegen 18 Angeklagte, welche der Unterbrechung des Verkehrs oder der Weisung hierzu, t. schuldig waren. Im Mittelpunkt stand die 34jährige Hebamme Elisabeth Wagner geb. Scheibel aus Mershausen, welche unter Einrechnung einer vom Schwurgericht verhängten 10monatlichen Gefängnisstrafe zu insgesamt zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Neun andere weibliche Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis sieben Monaten, drei wurden freigesprochen.

### Kleine Nachrichten

Berlin, 5. Jan. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Essen sind dort 15 Personen wegen umfangreichen Schleißhandels mit Kohlen verhaftet worden. Die Kohlen wurden auf dem Transport zur Täuschung der Revisionsbeamten mit Halbbrennholz überdeckt. Ein Teil der verhafteten Kohlen konnte beschlagnahmt werden.

Berlin, 4. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Dresden: Das sächsische Finanzministerium gibt nunmehr die Ausgabe des Porzellangebietes bekannt. Es werden fünf Millionen Mark ausgegeben und zwar in Stücken zu 20 Pf., 50 Pf., 1 Mk. und 2 Mk. Die Staatskassen werden angewiesen, das Porzellangebiet an Zahlungsstatt zum Neuwert anzunehmen.

Berlin, 5. Jan. Am 5. November erschien in der „Morgen Post“ ein von Sinowjew unterzeichneter Aufruf an die Proletarier aller Länder, in dem diese aufgefordert wurden, Munitionslieferungen der Feinde Sowjet-Russlands in die Luft zu sprengen und die bürgerlichen Offiziere unschädlich zu machen. Wegen dieses Aufrufs wurde gestern der verantwortliche Redakteur der „Morgen Post“, Schäfer, wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zur Verbeugung eines Verbrechens gegen das Strengsittengesetz vom Landgericht zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Berlin, 5. Jan. Wie das „Berliner Tageblatt“ von zünftigiger Stelle erfährt, vollzieht sich der Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen weiter programmäßig. Bis zum 31. Dezember sind von Rußland 29 000 Reichsdeutsche und 70 000 nicht Reichsdeutsche Kriegs- und Zivilgefangene zurückgeführt. Bis zu dem gleichen Zeitpunkt sind etwa 132 000 Kriegsgefangene Russen in ihre Heimat zurückgeführt worden.

Berlin, 4. Jan. Vom Verband der Zigarettenindustrie wird uns mitgeteilt: Die durch die Presse verbreitete Mitteilung über eine weitere Ermäßigung der Zigarettensteuer sind irreführend. Die Zigarettensteuer wird tatsächlich auf Grund der getriggen Verordnung des Reichsfinanzministeriums mit Wirkung vom 1. April 1921 durch Herabsetzung der bisherigen Ermäßigung par 1 erhöht und zwar um 11 bis 60 M. pro 1000 Stück Zigaretten.

Graz, 4. Jan. Der Streik der Bediensteten aller Kategorien der Südbahn im Bereiche des Grazer Inspektionsbezirks mit Ausnahme der Beamten hat am Mittwoch begonnen. Die Arbeiter sind auf ihren Posten erschienen, berichten aber keinen Dienst. In Graz haben die Bediensteten der Staatsbahn sich mit Ausnahme der Beamten dem Ausstand der Südbahner angeschlossen.

Stockholm, 4. Jan. Die Maschinen der schwedischen Handelsflotte trafen am 3. Januar wegen Kohlenmangels in den Streik. Da bereits infolge des Streiks der Frachten viele Schiffe aufgelagert werden mußten, wird nunmehr fast ganz die schwedische Handelsflotte aus dem Verkehr verschwunden.

Madrid, 4. Jan. Der Dampfer „Santa Isabella“ der Transatlantischen Gesellschaft in Barcelona ist am 2. Januar auf der Höhe der Inseln Saboya gescheitert. Von Villagarcia sind zahlreiche Rettungsboote ausgesandt, um die Schiffbrüchigen zu retten. Bisher ist ein Rettungsboot mit 40 Verletzten zurückgeführt. Das Schiff hatte 200 Passagiere an Bord.

Riga, 4. Jan. Auf dem Kongreß der lettischen sozialistischen Partei in Riga, an dem 150 Delegierte teilnahmen, wurden die 21 Bedingungen der kommunistischen Internationale mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, an der bevorstehenden Konferenz in Wien teilzunehmen.

### Aus dem Lande

g. Wörlitz, 1. Jan. Der Wahlverein hatte seine Mitglieder sowie Freunde und Gönner mit ihren Familienangehörigen am Silvesterabend zur Jahresversammlung eingeladen. Der Besuch war ein überaus guter. Der Vorsitzende Gen. Gertsen leitete die Feier mit einer feierlichen Ansprache ein. Das aufgestellte Programm war sehr reichhaltig. Die Abwicklung muß als musterhaft bezeichnet werden; alle Mitwirkenden boten ihr Bestes zum guten Gelingen der Veranstaltung; sie ernteten lebhaften Beifall. Der Verein kann mit Stolz auf diese Feier zurückblicken.

Seibelsberg, 3. Jan. Gestern früh hat sich eine unbekannte Person im Necker ertränkt. — Vor kurzem hat sich ein 28jähriger Polizeibeamter hier erschossen.

Mannheim, 3. Januar. In der Neujahrnacht kam es hier auf offener Straße zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der ledige Schlosser Jakob Schmidt durch Messerstiche in den Unterleib und in die Herzgegend schwer verletzt wurde. Der Tod trat sofort ein. Der Täter ist noch unbekannt, ebenso auch die Ursache des Streites. Ein Mann wurde als der Tat verdächtig verhaftet, bisher ist er nicht gefänglich.

Wahlhausen bei Wiesloch, 3. Jan. In einer der letzten Nächte ist die Zigarettenfabrik von M. Mohr Witwe niedergebrannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt.

Mannheim, 4. Jan. In der Neujahrnacht wurde bei einer Schlägerei der 27jährige Schlosser Jakob Burkhart schwer verletzt, er erhielt einen Lungenstich, der ihn bewußtlos machte.

Mannheim, 4. Jan. Eine 27jährige Krankenschwester aus Wingenhöfen hat sich am Neujahrstage durch Einspielen einer giftigen Flüssigkeit entleert. Wahrscheinlich geschah die Tat infolge geistiger Umnachtung.

Mannheim, 4. Jan. Der „Sinnlich-Gesellschaft 1914“ hat ein in Holland lebender Deutscher, der in geschäftlichen Beziehungen zur Firma steht, eine bedeutende Summe zur Verfügung gestellt, um jeder Mißverständnisse halber dem Zweck der Gesellschaft zu dienen.

Wertes 1000 M. und dem unterhaltungspflichtigen Kinde 500 M. auszugahlen.

Mannheim, 2. Jan. In einem schweren Zusammenstoß zwischen Einbrechern und Schutzmannschaft kam es in Ludwigs- hafen, woselbst zwei 19 und 21 Jahre alte Burschen in das Büro des Fabrik- und Metallarbeiterverbandes in Ludwigs- hafen eingebrochen waren. Die beiden Burschen hatten bereits eine Kassetten mit ungefähr 10 000 M. Inhalt fortgenommen als sie entdeckt wurden. Bei ihrer Festnahme erhielt ein Schutz- mann von den Einbrechern einen Knieschuß, während einer der Täter durch einen Wuchschuß, der andere durch einen Armschuß verletzt wurde.

Kollnau, 3. Jan. Am Silvesterabend ist hier die 15 Jahre alte Theresie Haberstroh freiwillig in den Tod gegangen. Das Mädchen sollte in nächster Zeit in Zwangsberziehung kommen. Man fand sie am Neujahrsmorgen auf dem Bahngleise zwischen Buch- holtz und Denslingen tot auf.

Schopfheim, 3. Jan. Im Zusammenhang mit der Er- schließung des Jagdaufsehers Schaubhut sollen in Badisch-Rhein- felden von der Gendarmetrie einige Verhaftungen vorgenom- men worden sein. Es sollen zumteil schwere Verdadtsmomente vorliegen.

4. Vom Schwarzwald, 1. Jan. Mit dem 24. Dez. mußte der Kraftwagenverkehr Freiburg-Lödnau-Schönau ab Ober- ried wegen Schneefalls eingestellt werden. Seit 30. Dez. ist der Verkehr in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Konstanz, 2. Jan. Vom 1. Januar ab sind die Tariffäge für die Bodenseedampfschiffahrt auf den Strecken Bregenz-Bin- dau-Friedrichshafen-Konstanz sowie Leberlingsee um 100 Prozent erhöht worden. Für den Verkehr nach und von der Schweiz gelangt die einseitige Frankennährung zur Einfüh- rung.

Schopfheim, 2. Jan. Der Deutsche Jagdschützenverein, Ortsgruppe Säckingen, hat eine Belohnung von 1000 M. für denjenigen ausgesetzt, der den Mörder des am 2. Dezember im Maulburgerwalde erschossenen Jagdaufsehers Schaubhut so zur Anzeige bringt, daß dessen Festnahme erfolgen kann.

Wörlitz, 2. Jan. Der Flugverkehr Lörzsch- Frankfurta. M. hat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und zwar vor allem mit dem starken Nebel, der kaum jemals so dick und anhaltend war, wie in diesem Jahre. Seit der Eröffnung des Flugverkehrs, 11. November, sind bis zum Schreie Ende etwa 30 Flüge ausgeführt worden, mehrmals aller- dings mit zweitägiger Unterbrechung. Trotzdem ist das Inter- esse der Geschäftsleute festliegen; denn die Hoffnungen für den Flugverkehr haben zugenommen, hauptsächlich für den Brief- verkehr. Nach Fertigstellung der Halle in Lörzsch wird dort ein zweites Flugzeug stationiert werden.

\* Zum Kampf gegen das Schieferium. Durch die Fah- dungsabteilung beim Landespräsidium Karlsruhe wurden im Monat November 33 Zentner Mehl, 59 Zentner Weizen, 7 Zentner Hafer und 14 Pfund Butter beschlagnahmt.

Schmuggler. Die eifässliche Mäler melden, wurden in Lauterburg von Zollbeamten 4 Deutsche festgenommen, die beim Schmuggeln von pharmazeutischen Produkten, die sie aus Deutschland in das Elß bringen wollten, erpakt worden waren. Die Verhafteten heißen: Langlecher Wilhelm Lugins- land aus Köln, Handelsmann Robert G. H. aus Durlach, Karl Heile, Zahnarzt aus Baden-Baden und Franz Rein- hardt, Geschäftsmann aus Karlsruhe.

### Die Vorgänge in der Neujahrnacht in Rastatt

Zu unserm Bericht über die Schießerei in Rastatt in der Nacht vom 31. Dezember auf 1. Januar geht uns von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe die Mitteilung zu, daß eine strenge gerichtliche Untersuchung eingeleitet ist, die eine völlige Aufklärung der Vorkommnisse in jeder Richtung bringen soll. Die Untersuchung sei naturgemäß bei der großen Zahl Beteiligten erst in den ersten Anfängen des Verfahrens. Gegenüber den Bemerkungen unseres Berichterstatters teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß nach den vorläufigen Feststellungen die dortigen Ausführungen objektive Unrichtigkeiten zu enthalten scheinen. So scheint es insbesondere unzutreffend, daß der Gendarm den Karabinerschuß auf Konstantin des Wachtmeisters Geh ab- gegeben hat. Es konnte bisher auch nicht festgestellt werden, daß der geübteste Kaselwandler vor Abgabe des Schusses gebeten habe, nicht zu schießen und sich bereit erklärt hat, zu kommen. Im Gegenteil soll er auf mehrfachen Anruf nicht ge- halten und das Revolverkommando vernachlässigt haben. Auch scheint festgestellt, daß der Not des Wachtmeisters Geh nicht, der bei der Festnahme der ersten Aufseher beteiligt war, von mehreren Messerstichen im Rücken durchbohrt wurde, und daß es sich schon hier um einen recht schweren und nicht ungefähr- lichen Wundbrand gehandelt hat. — Wir möchten auch unfer- ners bitten, daß sich alle diejenigen, die in der Lage sind, Auf- klärung in den bedauerlichen Vorkommnissen geben zu können, unerbüßlich bei der Staatsanwaltschaft melden.

### Ein Raubmordversuch im Schnellzug

Freiburg, 3. Jan. Ueber den schon berichteten Raub- m o r d v e r s u c h erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: In dem in der Nacht vom 3. ds. Mts. um 12 1/2 hier eingetrof- fenen Schnellzug Basel-Frankfurt wurde etwa 10 Minuten vor der Einfahrt hier ein in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender Fahrgast von einem Unbekannten überfallen und durch zwei Schläge mit einem Hammer am Kopf erheblich ver- letzt. Der Ueberfallene konnte den Täter, der ihm die Geld- mappe und Taschengeld zu entziehen versuchte, von sich an die Fensterbank stoßen, die ertrug. Der Täter mit seinem Begleiter, die gemeinsam in Müllheim den Zug betreten, konnten hier entweichen. Der eine wird als etwa 30jähriger, 1,80 Meter großer schmächtiger Mensch beschrieben, während der andere 27 Jahre alt und von untersehter Gestalt sein soll. Die Täter ließen in dem Wagenabteil einen dunkelgrünen Regenmantel, einen graugespinnelten Stoffhosen, eine dunkel- braunlederne Aktentasche und den Hammer, mit dem die Tat ausgeführt wurde, zurück. Der Hammer war mit einem gelben Fensterputzglas mit dem Aufdruck Continental und einem weiß- seidenen Kragenbesitzer mit grauen Streifen und Franzen um- wickelt und in einen schwarzen Strumpf gesteckt. Ferner wurde in dem Wagen ein Paar beigebraune Herrenhandschuhe aus baltischem Leder, die von den Tätern herablassen, aufgefunden.

Müllheim, 3. Jan. Ueber einen Raub- und Mordversuch im Schnellzug Basel-Frankfurt berichtet der Oberstaatsanwalt Angehöriger folgendes: Auf der Station Müllheim ließen in den schwach- besetzten Schnellzug der kurz nach Mitternacht hier durchfährt, als einzige Passagiere zwei Herren ein, von denen der eine eine Fahr- tarife 1. Klasse nach Neuwied, der andere eine solche 2. Klasse nach Freiburg gelöst hatte. Beim Durchfahren des Juges in Ding- lingen gewahrte der Schaffner den Insassen des 1. Klasseabteils bewußtlos am Boden liegen. Er schen durch einen Hammeranschlag betäubt zu sein und wurde ins Krankenhaus nach Offenburg ge- schickt, wo er noch bewußtlos darniederliegt und keine Auskunft erteilen kann. Der bewußtlose Täter, der Neufahrte 2. Klasse, stieg als einziger Fahrgast in Freiburg aus und ist mit seinem Raub- spurlos verschwunden. Man hat Grund, anzunehmen, daß er dem anderen Reisenden bereits seit längerem folgte, da behauptet wurde, daß die beiden auch schon von Basel her mit dem 10 Uhr Lokalzug angekommen sind.

Sprechzeit: 9-6 Uhr. Wir haben die Praxis der Dentistin Fräulein Else Burg übernommen. **Baron & Bartsch, Dentisten, Karlsruhe, Kaiserstraße 239** 1 Miante v. Kaiserpl. Sprechzeit: 9-6 Uhr. Fernsprecher Nr. 2805.



# Total-Ausverkauf wegen Geschäfts-Aufgabe!

Wir lösen unser seit 40 Jahren bestehendes Geschäft auf und veranstalten zu diesem Zweck, um mit unserem großen Lager schnellstens zu räumen, einen

## Total-Ausverkauf mit einem Rabatt von 25 Prozent auf sämtliche fertige Herren- und Knaben-Konfektion.

In der Abteilung Mass-Anfertigung werden die Preise auf die **Selbstkosten herabgesetzt!**

Geöffnet von 8 bis 12 1/2 und 2 1/2 bis 6 Uhr.

# Spiegel & Wels

Geöffnet von 8 bis 12 1/2 und 2 1/2 bis 6 Uhr.

### Berein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau. Einladung

zur 4. ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. Januar 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr beginnend, im großen Sitzungssaal der Handelskammer in Karlsruhe.

### Die Stellung der Reichsregierung zum Magauer Brückenbauprojekt.

Den einleitenden Vortrag hat Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff, Karlsruhe, übernommen. Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung laden wir unsere Mitglieder ergebenst ein.

Der geschäftsleitende Vorstand: A. Bösch, G. Pfeiff, Fabrikant, 1. Vorsitzend. Stadtrechnungsrat, Schriftf.

### Theaterkultur-Verband Karlsruhe.

Sonntag den 9. Januar spricht in der Wandelhalle des Bad. Landes-theaters (Beginn 11 1/2 Uhr morgens) Schriftsteller Fritz Droop-Kaunheim über:

### Expressionismus im Drama.

Gleichzeitig Einführung in Droops Drama „Der Freispruch“ — Uraufführung am 15. Januar. Rezitationen durch Mitglieder des Badischen Landes-theaters.

Eintrittspreis: 3 A. Mitglieder des Theaterkulturverbandes bis zu 2 Karten zum halben Preis. Karten an der Theaterkasse. Mitgliederkarten für neue Mitglieder des Theaterkulturverbandes gibt aus: Konrad Mitsel, Rheinische Kreditbank (Ede Waldstr. und Zirkel). Jahresbeitrag 10 A.

### Zentral-Verband der Angestellten Bezirk Karlsruhe.

Die Mitgliederversammlung am 6. d. M. ist auf Donnerstag den 13. d. M. verlegt und findet ein Vortrag des

Kollegen **Udo Berlin** im Saale der alten Branerei Kammerer hatt. Beginn 7 1/8 Uhr.

Dieser Versammlung geht eine solche für die Versicherungsangestellten voraus, zu der noch besondere Einladungen ergehen werden.

Die Ortsleitung.

1/2 Stunde vertigen Sie unter Garantie **Läuse-Plage** jede auch Fldhe f. Brut (Nissen) b. Menschen u. Tieren mit **Exkolda**. Für Wunden und Haare unschädlich. Verfr.: Erste West. Anzeiger-Verlagsges. Anstalt, Essen. Zu haben in Karlsruhe i. B.: Raynes & Klinge, Kaiserstraße 86 — Otto Schwarz, Salzenstraße 17.

Großer Transport prima **Läufer-schweine** von 20-80 Pfd. schwer, stehen ab Donnerstag zum Verkauf.

**Mayer**, Schweinehandlung Karlsruhe-Grünwinkel, Darmstädterstraße 228 — Telefon 3592.

### Handelschule der Stadt Karlsruhe

Abteilung: Fachkurse. Am 7. Januar 1921 werden bei genügender Beteiligung nachfolgende Fachkurse eingerichtet: 1. Fremdsprachen (Französisch, Englisch, Spanisch und Russisch). 2. Kaufmännisches Rechnen. 3. Buchführung. 4. Handelsbetriebslehre und Briefwechsel. 5. Schreiben und Rechtschreiben. 6. Stenographie (Stolze-Schrey und Gabelberger). 7. Maschinenzeichnen. Kursdauer: Für jedes Fach sind in der Zeit vom 7. Januar bis Ostern 1921 bei 4 Wochenstunden 60 Unterrichtsstunden vorgesehen. Anmeldungen werden täglich in den üblichen Geschäftsstunden und außerdem am 3., 4. und 5. Januar in unserer Kasse, Zirkel 22, bis abends 1/8 Uhr entgegengenommen, wo auch jede weitere Auskunft erteilt wird. 3472 Die Direktion.

### Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse ab Donnerstag, den 6. bis Samstag, den 8. Januar ds. Js., in den Getreidehandlungen Nr. 52 bis Nr. 57 an die dort eingetragene Kundenschaft. Rohmenge 1/4 Pfund. Preis Markt 3.50 das Pfund.

Karlsruhe, den 4. Januar 1921. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe, Städt. Mitkamt.

### Fundfächer.

Zuden Wagen der städtischen Straßenbahn und benutzten der Karlsruher Straßenbahn sind in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1920 folgende Gegenstände gefunden worden: Schirme, Stöcke, Körbe, Hüte, Güte, Kleidungs- und Wäscheartikel, Handtaschen, verschiedene Taschen, Geldbeutel, Schmucksachen, Geschirre, 1 Uhr u. anderes. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch gemäß § 980 und 981 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben aufgeführten Gegenständen binnen vier Wochen bei dem hies. Bahnamt, Zulastraße 71, geltend zu machen. 64 Karlsruhe, 3. Jan. 1921. Städt. Bahnamt.

### Hypothekengeld!

**August Schmitt**, Bankkommission, Karlsruhe, Albrechtstr. 41, Telefon 2117.

### Abortgrubenentleerung.

Die Abortgrubenentleerung wird vielfach dadurch erschwert und verteuert, daß der Grubeninhalt unzulässigerweise mit festen Stoffen vermischt wird, welche vermengt ist. Die Hauseigentümer werden daher ersucht, in ihrem eigenen Interesse darauf zu achten, daß solche missbrauchliche Benutzung der Abortgruben unterbleibt. Karlsruhe, 31. Dez. 1920. Städt. Tiefbauamt.

### Parterre-Zimmer

zur Südstadt, für Geschäftszwecke zu mieten gesucht. Offert. u. Nr. 2027 an das Volksfreund-Büro.

### Solider Herr sucht möbliert. Zimmer

(Südstadt). Off. u. Nr. 2037 an das Volksfreund-Büro.

### Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für Erwerbsbeschränkte und Erwerbslose in Karlsruhe, Fähringerstraße 100, Telefon 5270-5274

## Brennholz

in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterliegt unter Vorbehalt, arbeitsbeschränkter und arbeitslosen Personen Beschäftigung zu schaffen. 2028

## Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe.

Wir ersuchen die verehrlichen Mitglieder ihre

### Markenbücher für 1920

sofort an unserer Kasse Roonstraße 28 gegen diejenigen für 1921 umzutauschen. 2001

Der Vorstand.

### für Vereine Tanzlehrer

empfehle unübertragbare Tanzkontrollen, Tombola-Lose, Kottillon-Orden, Eintrittskarten, Diplome etc.

**Bernhard Müller**, Papiergehandlung, Karlsruhe, Kaiserstr. 235, Telefon 5366.

### Neu-Anfertigung

eleganter Herren- und Knaben-Anzüge, sowie Kleider, Reparaturen aller Art werden ausgeführt zu maßigen Preisen unter Aufsichtung päpstlicher und prompter Bedienung. 2035

**Albert Kirchhofer**, Amalienstraße Nr. 59, Seitenbau, 1 Treppe.

### Koch-Herde

emalliert u. lackiert, beste Fabrikate, billig zu verkaufen. Leichteste Zahlungsbedingungen. 601

**H. Kraus**, Gartenstr. 10.

### Durlacher Anzeigen.

### Wurstkonserven.

Wir setzen unseren Restbestand an Wurstkonserven dem Verkauf aus. In Betracht kommen Dosen im Bruttogewicht von 1 Kilo, der Preis beträgt 10 A. Der Verkauf findet in der Karlsruher Postfiliale der Südstadt am Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. ds. Mts., vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt. 87

Durlach, den 4. Januar 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

### Spiritus-Marken.

Spiritusmarken können in erster Linie nur für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege abgegeben werden. Ein entsprechender Ausweis ist vorzulegen.

Die Ausgabe der Marken für den Monat Januar erfolgt im hies. Gaswerk am Donnerstag, den 6. Januar, vormittags von 9-11 Uhr.

Die übrig gebliebenen Marken werden an sonstige private Verbraucher, die kein Gas haben, am Freitag, den 7. Januar, vormittags von 9-11 Uhr, abgegeben. 68

Durlach, den 5. Januar 1921. Ortskohlenstelle.

### Kleinviehpreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 4. bis 10. Januar 1921.

Kartoffeln	Stk.	0.38 M.
Bodenstroh	Stk.	0.20 M.
Bohnen, weiß	Stk.	2.30-2.60 M.
dunkel	Stk.	2.20-2.40 M.
Blumenkohl	Stk.	1.80-2.00 M.
Endivienkohl	Stk.	0.30-0.40 M.
Feldsalat	Stk.	1.60 M.
Spinnat	Stk.	0.30 M.
Gelbe Rüben, rot	Stk.	0.35 M.
Kartoffeln ohne Kraut	Stk.	0.40 M.
Rauch	Stk.	0.35 M.
Werkreutlich	Stk.	2.50 M.
Spinat	Stk.	0.05-0.15 M.
Wasserkraut	Stk.	1.80 M.
rote Rüben, ohne Kraut	Stk.	0.30 M.
Wasserkraut	Stk.	0.60 M.
Wasserkraut	Stk.	0.80 M.
Schwartzkohl	Stk.	2.20-2.50 M.
Spinat	Stk.	0.60 M.
Sauerkraut	Stk.	0.50 M.
Weiße Rüben	Stk.	0.10 M.
Winterkohl	Stk.	0.25 M.
Wirsing	Stk.	0.40 M.
Wirsing	Stk.	0.90 M.
Wirsing	Stk.	1.20-1.70 M.

Vorstehende Preise wurden im Benehmen mit dem Preisprüfungsamt der Stadt Karlsruhe festgestellt. Ihre Befreiung wird gegebenenfalls als übermäßige Befreiung angesehen und verfolgt. Durlach, den 4. Januar 1921. 65

Städt. Preisprüfungsamt.

### Maßtatter Anzeigen.

### Holz-Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Maßtatt läßt am Freitag, den 7. Januar, abends 4 Uhr, längs des rechtsseitigen Murgbammes im Gewann Witter 19, abgängige Birnbäume, darunter 3 zu Rothholz geeignet, und 2 abgängige Apfelbäume stehend versteigern.

Zusammenkunft bei der Rheinauer Murgbrücke. Maßtatt, den 4. Januar 1921. Das Bürgermeisteramt. Renner. Gilbert.

### Kaufm. Kasan.

Der Verkauf von **Alt- u. Möbel** Neu- u. Möbel

Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht. **Karl Rauch**, Dreherstr. 3, Dreherstr. 3.

### Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Beiverbungen mit Nachweisung etwaiger Verwandtschaftsverhältnisse sind bis längstens Donnerstag, den 13. Januar, vormittags 11 Uhr anher einzureichen. Maßtatt, den 8. Januar 1921. Das Bürgermeisteramt. Renner.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“